

Geschenkt 6 mal wöchentlich.
Monatlicher Bezugspreis 2,70 RM. Einzelnummer 10 Pf.
sie Sonnabend, sowie Sonntag- und Feiertagsnummer 20 Pf.

Sächsische Volkszeitung

Redaktion: Dresden-N., Polizeistraße 17, Telefon 20711 u. 22012
Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Germania Buchvertrieb und
Verlag Th. und G. Windfuhr, Polizeistraße 17, Dresden 22012,
Postleitzahl: Nr. 1025, Band: Städtebuch Dresden Nr. 94707

Donnerstag, 11. Juli 1935

Ausgabe A-B und C

Verlagsort Dresden. — Abonnementpreise: die Spalt. 22 mit
breite Seite 8 Pf. — Für Familienanzeigen und Stellenanzeigen
5 Pf. — Für Blaupauschalen können wie kleine Gewölbe selbst

Im Falle von höherer Gewalt, Betriebs-, eintretender Verhinderungen hat der Verleger oder Inhaber keine Unmöglichkeit, falls die Zeitung in beschränktem Umfang, verzögert oder nicht erscheint. — Erschließungszeit Dresden —

Vor der großen Debatte im Unterhaus

Außenpolitische Rede Sir Samuel Hoare's

Nach Beratung im Kabinett

London, 10. Juli. In seiner heutigen Befragung will das Kabinett das Italienischabessinische Problem und andere internationale Fragen erörtern. Der Staatssekretär des Außenamtes, Sir Samuel Hoare, dürfte seinen Ministerkollegen bei dieser Gelegenheit den Entwurf der Rede unterbreiten, mit der er morgen die große außenpolitische Debatte im Unterhaus eröffnen wird. Da dies seit Monaten die erste Gelegenheit zu einer umfassenden Darstellung der internationalen Lage ist, rechnet man damit, daß die Rede des Außenministers ziemlich ausführlich sein wird. Bei der anschließenden Debatte dürfen die abessinische Krise, das deutsch-englische Flottenabkommen und der Plan eines westlichen Zusipaktes im Vordergrund stehen.

Die Debatte über die Arbeitslosenfrage fand am Dienstag in später Abendstunde ihren Abschluß, ohne daß irgendeiner der Redner neue Gesichtspunkte vorgebracht hätte. Nach dem Schlusswort Sir John Simons wurde der Mitherausanspruch der Arbeiterpartei mit 450 gegen 78 Stimmen abgelehnt. Das ist eine der größten Mehrheiten, die die Regierung je erzielt hat. Gemeinsam mit den Samuel-Liberalen stimmte auch Lloyd George.

Später wurde bekannt, daß Lloyd George während der Sitzung an Baldwin einen Brief geschrieben hat, in dem er sagt, er lasse die Rede des Ministerpräsidenten als eine Verwertung seines (Lloyd Georges) wirtschaftlichen und finanziellen Reformplanes auf und erachte daher um Entbindung von seinem Versprechen, die Vorschläge nicht bekanntzugeben, bevor die Rüthilfe der Regierung darüber zur Veröffentlichung fertig sei. Baldwin versprach Lloyd George darauf, die Angelegenheit heute dem Kabinett vorzulegen. Falls das Kabinett einverstanden ist, will Lloyd George seinen Plan Ende dieser Woche der Öffentlichkeit vorlegen.

Englische Stimmen zum deutschen Flottenprogramm

London, 10. Juli. Das neue deutsche Flottenbauprogramm wird auch heute in der Presse angelegentlich erörtert. Der Marinemitarbeiter des Daily Telegraph sagt, in britischen Marinestreitkräften glaube man, daß die beiden deutschen Schlachtkräfte den britischen Schlachtkreuzern "Renown" und "Repulse" gewachsen sein würden, die zwar mehrere tausend Tonnen größer seien, aber nur Altersschwäche litten. Man vermutet, daß die 20.000-Tonnen-Panzerschiffe im Herbst 1937 fertig sein würden. Großbritannien könne auf Grund der bestehenden Verträge vor Januar 1937 keine neuen Großkampfschiffe auf Stapel legen. Allerdings würde es die Möglichkeit haben, die sogenannte Gleisklausel des Londoner Vertrages zur Anwendung zu bringen.

Das in Frankreich erhobene Beschwerde ist ungerechtfertigt. Frankreich werde auch nach Durchführung des deutschen Programms eine ungeheure Überlegenheit zur See haben. Dies weist der Korrespondent an Hand einer Tabelle nach, die die Verhältnisse der französischen zur deutschen Kriegsflotte darstellt.

In einem Beitrag der "Times" wird ausgeführt, daß die Veröffentlichung des deutschen Flottenbauprogramms für 1935 in England und Frankreich einige der Bedenken und kritischen Anmerkungen neu belebt habe, mit denen das englische Flottenabkommen aufgenommen worden sei. Die wahre Lehre des deutsch-englischen Abkommen sei jedoch die, daß die Deutschen unbedingt auf die Wiederherstellung ihrer Seestärke losgingen, und daß das Abkommen ihrer Vautätigkeit eine feste, dauernde und mahvolle Grenze gesetzt habe. Das Ver-

hältnisbestimmt der Flottenverträge sei zusammengebrochen. Das englisch-deutsche Abkommen ließ eine Grundlage für die Bekanntgabe von Bauprogrammen für eine Reihe von Jahren. Das deutsche Bauprogramm 1934/35 sei allen Signatarstaaten des Washingtoner Flottenvertrages mitgeteilt worden. Das darauf folgende Programm habe aber die deutsche Admiralität nur der britischen Regierung bekanntgegeben, die ihr eigenes vorläufiges Programm Deutschland ebenfalls mitgeteilt habe. Nach dem in London zwischen Herrn von Ribbentrop und den britischen Unterhändlern erreichten Einvernehmen werde der Austausch künftiger Programme nur auf der Grundlage der gegenseitigkeit erfolgen. Es steht Frankreich daher vollkommen frei, die deutschen Baupläne bis 1942 kennen zu lernen, wenn es zu Mitteilungen seiner eigenen Absichten bereit sei. Bisher schweigt die französische Regierung hierzu leider nicht bereit zu sein, und bevor dieses nicht der Fall sei, würden die Besprechungen, die die britische Regierung in London mit der französischen und anderen Regierungen zu führen wünsche, keinen Zweck haben. Es sei dringend zu hoffen, daß die französische Regierung den Vorteil für die Allgemeinheit erkennen werde, den eine freimütige und ausführliche Erklärung der künftigen Flottenstärken für Frankreich selbst und für Europa haben würde.

Der Marinemitarbeiter der Morning Post schreibt, die Veröffentlichung des deutschen Flottenprogramms habe im engen Kreise der Beamten der Admiralsität und des Foreign Office keine Überraschung hervorgerufen. In anderen, nicht-amtlchen Kreisen dagegen herrsche beträchtliche Überraschung. Das deutsche Bauprogramm von 1935 sei das größte Einjahresprogramm, das irgendeine Macht seit dem Weltkriege bekannt gegeben habe.

Die Banken-Kontrolle in Belgien

Durchführungsverordnung erschienen

Brüssel, 10. Juli. Heute morgen ist die gestern von der Regierung beschlossene Verordnung über die Stellung des Bankengewerbes unter Staatsaufsicht im Staatsanzeiger erschienen. Gleichzeitig mit der Verordnung ist der sehr umfangreiche Bericht an den König, der die Begründung der Verordnung darstellt, veröffentlicht worden. Die sozialistische Presse stellt fest, daß mit dieser Verordnung eine ihrer wesentlichen Programmforderungen grundsätzlich verwirklicht sei. Von einem Teil der bürgerlichen Presse wird anerkannt, daß der Ministerpräsident, der behauptet vor seinem Eintritt in die Regierung Vizepräsident der Nationalbank war, und der an dem Zustandekommen dieser Verordnung den Hauptanteil hat,

auf direkte Eingriffe staatlicher Organe in die Geschäftsführung der Banken verzichtet

hat. — Grundsätzlich werden der Kontrolle unterworfen alle belgischen und ausländischen Bankunternehmen, die Depots bis zu zwei Jahren annehmen. Keine Ausnahme findet die Verordnung auf das belgische Noteninstitut, die Congo-Bank sowie einige andere Institute öffentlich-rechtlichen Charakters. Alle anderen Banken müssen sich bei der durch die Verordnung geschaffenen Bankenkommision eintragen, die sich aus sieben von der Regierung ernannten Mitgliedern zusammensetzt. Diese Kommission ist berechtigt, den Banken Sicherheitsregeln für ihre Transaktionen vorzuschreiben. Sie kann Höchstlimitsätze festsetzen, Aufschläge erlassen und verzögert über ein vorläufiges Verbot bei der Ausgabe von Wertpapieren. Jede Aktion unterliegt künftig der Genehmigung der Bankenkommision. Die Kommission setzt das Verhältnis zwischen Kapital und Depots fest. Die Banken sind gehalten, der Nationalbank monatlich ihre Aktiven und Passiven und jährlich ihre Bilanzen vorzulegen. Es wird den Banken verboten, direkt oder indirekt einen Einfluss

auf Zeitungen und andere Organe der öffentlichen Meinung zu nehmen;

von dieser Bestimmung bleibt jedoch das regelrechte Inseraten- und Werbungsgeschäft ausgeschlossen.

(Vergleiche auch die erste Ankündigung auf S. 3.)

Anwachsen des Hochwassers im amerikanischen Überschwemmungsgebiet

New York, 10. Juli. In einigen Teilen des Überschwemmungsgebiet im Staate New York dauern die schwere Regenfälle an. Weitere Ortschaften sind noch völlig abgeschnitten und besitzen weder Nahrungsmittel noch Trinkwasser. Die Bundesbehörden haben 25.000 Arbeiter, die an den Regierungsnotstandsaußen beschäftigt sind, zu einer beschleunigten Hilfsaktion und Aufräumungsarbeiten nach dem Katastrophengebiet entsandt. Der Sachschaden wird jetzt auf etwa 15 Millionen Dollar geschätzt. — Infolge großer Wolkenbrüche wird jetzt auch Hochwasser aus den Ostseen Pennsylvaniens gemeldet. Dort sind zahlreiche Häuser und Brücken zerstört worden. Der Sachschaden ist bereits sehr erheblich.

Italienischer Getreidemühler gefunden

21 Strunkene

Nach einer Meldung aus Bengasi sank aus unbekannten Gründen der Getreidemühler "Uttilio" innerhalb von dreihalb Minuten, sechs Seemeilen von der Küste entfernt. An Bord befanden sich 16 Mann Besatzung und 14 Passagiere. Das Schiff hatte 900 Tonnen Getreide geladen, die für Syrakus bestimmt waren. Man verlängt 21 Gramme.

Auf neuen Wegen

Der Gedanke der Lebensfreude und der Lebensbejahung muß unser ganzes Volk durchdringen. Sorge und Not werden auch wir niemals zum Verschwinden bringen können, aber es ist nicht entscheidend, daß Sorge und Not vorhanden sind, sondern, daß ein Volk den Mut hat, sie anzufassen und zu bewältigen." Mit diesen Worten umrisst der Reichsleiter der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, auf der soeben beendeten Hamburger Reichstagung die Aufgaben und den Sinn der NS-Gemeinschaft "Kraft durch Freude". Die Hamburger Reichstagung, die in symbolischer Weise in den Namen eines Arbeitsbetriebes eröffnet wurde, und durch eine große Volksfestveranstaltung weitesten Kreisen ein Beispiel ihrer Arbeitsziele gab, stellt die erste umfassende Bilanz über das seit der Entstehung von "Kraft durch Freude" geleistete dar, und gab zugleich die allgemeinen Richtlinien für die kommende Arbeit. Mit Recht konnte Dr. Ley darauf hinweisen, daß die zuerst vielfach als Romantik und Phantasie kritisierte und später Einrichtung sich heute die unbestrittenen Achtung aller Kreise, vor allem aber der Arbeiter, erworben hat und ein revolutionäres Werk eines echten Sozialismus darstellt. Dient der Aufbau der Deutschen Arbeitsfront in erster Linie der sozialen Erneuerung der schaffenden Deutschen, so soll die NS-Gemeinschaft "Kraft durch Freude" allen Gliedern der Volkgemeinschaft den Zugang zu den idealen Gütern der Nation bieten und dadurch den Gedanken der Volkgemeinschaft auch auf kulturellem Gebiet in die Tat umsetzen. Unter diesem Leitgedanken steht der weitere Ausbau des "Kraft durch Freude"-Werkes, das bereits heute viele Millionen Volksgenossen umfaßt und in nicht zu ferner Zeit auch wirtschaftlich völlig auf eigenen Füßen stehen wird.

Auch in früheren Zeiten hat man versucht, dem arbeitenden Menschen durch Theatervereinigungen, Sportvereine, Erholungsanstalten das Leben genussreicher zu gestalten. Aber hinter diesen Einrichtungen standen vielfach klasseklägerisch eingestellte Parteien und Interessenengruppen, deren Ziele mit den Interessen der Volkgemeinschaft nicht gleichzusetzen waren. Diese Einrichtungen umfassen ferner trotz ihrer unüberbietbaren Vielzahl nur einen geringen Prozenttag der Arbeiterschaften und konnten schon darum keine nachhaltigen Erfolge erzielen, weil die parallelen Einrichtungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik, insbesondere bezüglich Urlaub- und Freizeit, nicht vorhanden waren. Der neue Staat, der es sich zum Ziel gesetzt hat, aus Proletarien gleichberechtigte und gleichwertige Volksgenossen zu machen, lehnt es ab, dem Arbeiterschaften Freude und Erholung aus Motiven des Mitleids oder der sozialen Auflehnung zu vermitteln. Auch der Arbeiter, der Mitträger der Volkgemeinschaft ist, sollte an ihren Kulturgütern den gebührenden Anteil erhalten, nicht in Form eines bloßen Amüsierbetriebes, leerer Vergnügungen, wie gesellschaftliche Unternehmungen, die früher dienten, sondern durch Vermittlung von Erlebnissen, die das Lebensgefühl und damit zugleich die Arbeitsfreudigkeit steigern. Der Zugang zur Bühne und zum Konzertsaal sollte allen erschlossen werden, unabhängig vom Geldbeutel und von der beruflichen Stellung. Ferienreisen sollten nicht mehr das Vorrecht einer kleinen Schicht von Wohlhabenden sein, sondern jeder Volksgenosse soll einmal die Möglichkeit erhalten, die Schönheiten seines Vaterlandes kennen und lieben zu lernen und vielleicht sogar den Blick zu weiten durch Fahrten über die Reichsgrenzen hinaus. All diejenigen Volksgenossen, die nicht in der Lage sind, in einem Sportverein ihre körperlichen Fähigkeiten zu steigern, sollen angeleitet werden, ihrem Körper bis ins Alter hinein eine Bewegung und Erfrischung zuteil werden zu lassen, die gerade der schwer arbeitende Volksgenosse nicht entbehren kann. Es soll im Laufe der Jahre fernerhin erreicht werden, daß der Werktätige seine Arbeiten in einer Umgebung und unter Bedingungen verrichtet, die sein Selbstgefühl heben, weil er sich an einer gepflegten Arbeitsstätte heimisch fühlt. Es ist auf der Hamburger Tagung besonders betont worden, daß das bisher erreichte nur ein Anfang ist und daß es gilt, auf dem eingezeichneten Weg unverdrossen weiter fortzuschreiten. Das Werk von "Kraft durch Freude" muß Hand in Hand gehen mit der Veränderung der Betriebsgemeinschaft in dem Bewußtsein aller Volkskreise und mit der Ausrichtung der Gesellschaft auf die übergeordneten Ziele der Volkgemeinschaft.

Es sind imponierende Ziffern, welche die Referenten der NSG. "Kraft durch Freude" in Hamburg vorlegen konnten. Mehr als eine Million Arbeitersameraden wurden bisher durch das Amt für Reisen, Wandern und Urlaub erfaßt, und in diesem Jahre soll die Zahl auf drei bis vier Millionen Urlauber gesteigert werden. Nicht wenige